

DIE KUNSTSTOFFROHR-INDUSTRIE POSITIONEN BUNDESTAGSWAHL 2025

IMPULSE

Fachinformationen des Kunststoffrohrverbandes

Richtungswechsel jetzt –
für unseren Industriestandort!



DIE KUNSTSTOFFROHR-INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND



Entwicklungs- und Produktionsstätten
in ganz Deutschland

Sowohl
**Tochter-
gesellschaften
internationaler
Konzerne**

als auch
inhabergeführte
**Mittel-
ständische
Betriebe**

967.919^t
Produktion

Umsatz pro Jahr
**6,2 Milliarden
Euro**

Mehr als
16.000
Beschäftigte

Europaweit führend bei
Qualität und Know-How

Die Produktionsmenge basiert auf Daten des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2021 (Datenbank GENESIS-Online: Fachserie 4 / Reihe 3.1). Umsatz und Beschäftigte entsprechen einer Abschätzung des KRV.

DER KRV – FACHVERBAND DER KUNSTSTOFFROHR-INDUSTRIE

... mit Sitz in Hamm bündelt seit 1957 das Wissen und die Anliegen seiner Mitglieder, die im Bereich der Rohstoff-erzeugung und Herstellung von Kunststoffrohrsystemen vielfach als Weltmarktführer tätig sind. Ein Hauptanliegen des Verbandes besteht darin, mit Politik und Öffentlichkeit einen engagierten, konstruktiven Dialog über zentrale Zukunftsfragen des Industriestandortes Deutschland zu führen. Als innovative, energieintensive Unternehmen stellen sich die Mitglieder des KRV e.V. ihrer Verantwortung

für eine lebenswerte Umwelt und treiben aktiv die Entwicklung neuer Technologien in den Bereichen Klimaschutz, ressourcenschonendes Bauen, umweltverträgliche Wasserwirtschaft und Recycling voran. Eine Reduzierung der Treibhausgase, mehr Nachhaltigkeit in den Wertschöpfungsketten und die Schaffung funktionierender Stoffkreisläufe sind Kernthemen auch für die Kunststoffrohr-Industrie.

Richtungswechsel jetzt –
für unseren Industriestandort!

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die deutsche Wirtschaft befindet sich in der tiefsten Struktur- und Wachstumskrise seit Jahren. So wird – nach bereits zwei Jahren unter rezessiven Vorzeichen – auch für 2025 seitens der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) allenfalls knapp über der Nulllinie vorausgesagt. Ins Auge sticht dabei die Unterauslastung der Industrie: Mit 76,5 Prozent ist diese so gering wie seit langer Zeit nicht mehr. Wenn aber Produktionskapazitäten nicht mehr genutzt werden oder gar abwandern, dann wird die Deindustrialisierung vom Schlagwort zur messbaren Realität. Diese schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder: Tausende von Stellen etwa in den Bereichen Stahl, Auto und Chemie, aber auch in der Softwareindustrie, werden in den nächsten Jahren abgebaut. Die Arbeitslosigkeit steigt dadurch wieder auf über sechs Prozent. Derweil ziehen am Exporthimmel, dem einstigen Lichtblick des deutschen Industriestandorts, aufgrund zunehmender protektionistischer Tendenzen weltweit immer mehr dunkle Wolken auf.

Vor dem Hintergrund der diffizilen Lage steht eines fest: Die Bundestagswahl 2025 muss einen fundamentalen Richtungswechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik mit sich bringen. Die Ampelkoalition (2021 bis 2024) hat im Zeichen der Transformation in Richtung Klimaneutralität stark interventionistisch agiert und Subventionen in Milliardenhöhe in einen begrenzten, politisch definierten Kreis von Unternehmen oder Branchen gelenkt. Die Effekte sind weitgehend verpufft, nennenswerte Wachstums- oder Beschäftigungseffekte nicht erkennbar. Derweil stöhnen die Betriebe in Deutschland unverändert unter hohen Energiekosten, schleppenden Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie einer überbordenden Bürokratie. Hier muss die nächste Bundesregierung ansetzen und sich konsequent einer Politik verschreiben, die in erster Linie auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Deutschland setzt. Bessere Abschreibungsbedingungen, wettbewerbsfähige Energiepreise, eine funktionierende Infrastruktur sowie eine Konzentration der sozialen Sicherungssysteme auf die tatsächlich Bedürftigen lauten einige der Stich-



Dipl.-Ing. Markus Hartmann,
Geschäftsführer des KRV

worte. Entlastungen bei den Unternehmenssteuern, eine gezielte Fachkräfteanwerbung sowie Strukturmaßnahmen im Bildungsbereich sind ebenfalls geeignet, dringend nötige Wachstumsimpulse auszulösen, ohne dass der Staat noch mehr Schulden auftürmt. Bei allem gilt es, das Ziel der Klimaneutralität im Auge zu behalten.

Die Kunststoffrohr-Industrie steht bereit, den erforderlichen Politikwechsel nachhaltig zu unterstützen. Mit unseren innovativen Produkten und Systemen begleiten und unterstützen wir schon heute die vielschichtigen Transformationsprozesse etwa in den Bereichen Energie, Bauen oder kommunale Infrastruktur. Ob beim Bau von Energieleitungen oder der Modernisierung von Trink- und Abwassersystemen, ob bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels (z. B. Starkregen) oder der flächendeckenden Verlegung von Glasfaserkabeln – Kunststoffrohrsysteme sind Ermöglicher der Infrastrukturwende in all ihren Facetten. Dabei steht die Nachhaltigkeit unserer Produkte und Systeme für uns stets im Vordergrund: Kunststoffrohre zeichnen sich durch eine extreme Langlebigkeit aus. Nach Nutzungsende können sie in Stoffkreisläufe zurückgeführt und zum größten Teil recycelt werden.

In der 21. Legislaturperiode werden wir die Politik der neuen Bundesregierung kritisch, aber immer konstruktiv begleiten. Wir freuen uns auf den Dialog mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages wie auch mit den Expertinnen und Experten in den Bundesministerien und nachgeordneten Behörden. Was genau wir in die Gespräche einbringen, und wie wir den Politikwechsel für den Industriestandort Deutschland mitgestalten wollen – das erfahren Sie auf den nächsten Seiten.

Mit herzlichen Grüßen,

Markus Hartmann
Geschäftsführer des KRV

ENERGIE & KLIMA

STATUS QUO

Quelle: Generiert mit KI ©snapshotfreddy/stock.adobe.com

Deutschland stieß 2023 674 Mio. t CO₂ aus, wobei der jährliche CO₂-Ausstoß seit 1990 um 46,1 % zurückgegangen ist. Deutschland und die Europäische Union haben sich verbindliche Ziele zum **Erreichen der Klimaneutralität** bis 2045 beziehungsweise 2050 gesetzt. Zeitgleich mussten Industrie, Wirtschaft und private Haushalte 2022/23 in kürzester Zeit ihre Bezugsquellen für den wichtigen Energieträger Erdgas diversifizieren und große Mengen Erdgas aus Russland durch Importe von LNG aus Norwegen, den USA und den Golfstaaten über schnellstmöglich errichtete LNG-Terminals ersetzen. Im Jahr 2025 wird der CO₂-Preis weiter steigen, während der **Emissionshandel ab 2027** auf weitere Sektoren ausgeweitet wird. Der Strompreis wird auf voraussichtlich 37 Cent pro kWh im Jahr 2025 sinken, während CO₂-armer Wasserstoff auch weiterhin nur in geringen Mengen verfügbar sein wird.

Die vorherige Bundesregierung hat deshalb den **Stromnetzausbau** sowie den Hochlauf der **Wasserstoffwirtschaft** als Ersatz für fossile Gase vorangetrieben. Neben dem Ausbau der Energieinfrastruktur wurde auch der Ausbau der erneuerbaren Energien politisch forciert, unter anderem durch das Windenergie-an-Land- und auf See-Gesetz sowie mehrere Energiewirtschaftsrechtsnovellen zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung.

Um die Energiekrise abzufedern, verabschiedete der Deutsche Bundestag im Sommer 2023 das **LNG-Beschleunigungsgesetz**. Dieses soll unter anderem den Bau neuer LNG-Terminals ermöglichen. Derweil konnte der Anstieg der Energiepreise 2022/23 zunächst über eine Strom- und Gaspreisbremse gemildert werden. Für die Jahre 2024 und 2025 beschloss die Ampel-Koalition zudem eine Absenkung der Stromsteuer für Industrie und verarbeitendes Gewerbe. Zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft wurden – neben der

Fortführung der **Wasserstoffstrategie** – erstmals Definitionen für Wasserstoff erlassen sowie eine Wasserstoffimportstrategie beschlossen. Unternehmen sollen bei der Umstellung auf klimafreundliche Produktion durch **Differenzverträge** (Erstattung von Investitions- und Betriebskosten) aus dem Klima- und Transformationsfonds unterstützt werden.

Die Wirtschaft und insbesondere die Industrie in Deutschland stehen trotz zurückgehender Energiepreise im Vergleich zum Höchststand im Herbst 2022 vor langfristigen Herausforderungen: Die Preise insbesondere für Strom und Gas bleiben strukturell über Vorkrisenniveau, während die **Netzentgelte im Stromsektor** in den nächsten Jahren weiter steigen werden. Gleichzeitig ist weiterhin nicht absehbar, wann und wie viel grüner Wasserstoff in ausreichenden Mengen beziehungsweise zu wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden sein wird. Um den Hochlauf des Wasserstoffsektors zu beschleunigen, arbeitet die Bundesregierung seit dem Sommer 2024 an der Verabschiedung des **Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes**. Zugleich soll die **Kohlendioxid-Speicherungsgesetz-Novelle** CCS- und CCU-Anwendungen in Deutschland ermöglichen. Für die Sicherung der Stromgrundlast und damit der Versorgungssicherheit ist weiterhin der Bau neuer H₂-fähiger Gaskraftwerke über eine Verabschiedung des **Kraftwerkssicherheitsgesetzes** essenziell.

**WEITERFÜHRENDE
INFORMATIONEN
FINDEN SIE IN UNSERM
POSITIONSPAPIER
ERDKABEL**



ANWENDUNGEN

Die Kunststoffrohr-Industrie ist in vielfältiger Weise am Gelingen der Energiewende und am Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Deutschland beteiligt. Kunststoffrohre kommen als Schlüsseltechnologie in einer Vielzahl von Projekten zum Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur zum Einsatz:

So erfordert die Integration des CO₂-armen Wasserstoffs als Energieträger der Zukunft in das Energiesystem ein leistungsfähiges und langlebiges Leitungsnetz. Rohrleitungssysteme aus Kunststoff weisen für diese Aufgabe entscheidende Vorteile auf: Sie sind leicht, beständig gegen Korrosion und flexibel anpassbar an Niederdruckanwendungen sowie anspruchsvolle regulatorische Normungsvorgaben. Speziell für Wasserstoffanwendungen entwickelte Kunststoffrohrsysteme können effizient, widerstandsfähig und in kürzester Zeit für den Auf- und Ausbau des **Wasserstoffverteilnetzes** beziehungsweise die zukünftige Nutzung des Erdgasverteilnetzes eingesetzt werden und schaffen so die Grundlage für eine kohlenstoffarme Energieversorgung in zahlreichen industriellen Anwendungen wie Chemie, Stahl

oder Zement. Die hohe Lebensdauer der Kunststoffrohre von über 100 Jahren sichert zudem die langfristige Wirtschaftlichkeit und reduziert kostenintensive Wartungs- und Erneuerungsarbeiten.

Kunststoffrohre tragen darüber hinaus wesentlich zum Ausbau der Stromübertragungsinfrastruktur im **Hoch- und Höchstspannungsbereich** bei: Sie schützen erdverlegte Hoch- und Höchstspannungsleitungen vor Umwelteinflüssen oder mechanischen Belastungen und verbessern die Akzeptanz in der Bevölkerung. Durch ihre leichte Verarbeitungsweise können Kunststoffschutzrohre effizient und kostensparend verlegt werden. Auch bei der Abscheidung, Nutzung oder Speicherung von CO₂ könnten Kunststoffrohrsysteme eine Schlüsselrolle spielen. **Abgeschiedenes Kohlendioxid** wird dank der Rohrsysteme der Kunststoffrohr-Industrie sicher von Industrieanlagen zu Lagerstätten oder Nutzungsorten transportiert. Die Beständigkeit und Druckfestigkeit der Kunststoffrohrsysteme prädestiniert sie für diesen hochkomplexen Anwendungsbereich.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Kunststoffrohr-Industrie ist auf **wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen** und unterstützt gleichzeitig den zügigen **Aufbau einer funktionierenden Energieinfrastruktur** für Wasserstoff und einen bedarfsgerechten **Ausbau der Stromnetze sowie Umbau und Erweiterung der Verteilnetze** auf kommunaler Ebenen. Damit sind unsere Mitgliedsunternehmen **wichtige Partner beim Ausbau der leitungsgebundenen Energieinfrastruktur**.

Politische Handlungsempfehlungen des KRV

- ☉ **Zügigen Hochlauf der H₂-Wirtschaft** sicherstellen; weitere **Hürden bei Planung und Genehmigung von Infrastruktur abbauen** und eine Beimischung von H₂ und Biogas in das Erdgasnetz beziehungsweise **Weiternutzung des bestehenden Gasverteilnetzes** für Biogase und Wasserstoff sowie eine dezentrale Einspeisung **ermöglichen**;
- ☉ **Einsatz, Produktion und Import aller Wasserstoffarten erlauben** und Produktionskriterien lockern; keine **einseitige Festlegung auf grünen Wasserstoff**, solange keine ausreichende Verfügbarkeit hergestellt ist.
- ☉ Die **Grundlastsicherung muss** auch in Zukunft **für eine stabile Stromversorgung gewährleisten sein**. Der **Zubau wasserstofffähiger Kraftwerke** muss zeitnah ausge-

schrieben und umgesetzt, beziehungsweise der Bau entsprechender Speicher genehmigt werden.

- ☉ Die Industrie **ist auf günstige Strom- und Energiepreise angewiesen**: Um absehbar **steigende Netzentgelte abzufedern**, muss die temporäre **Absenkung der Stromsteuer** auf das **europarechtliche Minimum dauerhaft entfristet** werden.
- ☉ Weitere **Entlastungen bei den Energiepreisen** dürfen dabei nicht **nur für einzelne Sektoren gelten**, sondern müssen der **gesamten Wirtschaft zugutekommen**. Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit wäre eine **dauerhafte Senkung der Netzentgelte begrüßenswert**.
- ☉ Eine mögliche **Aufhebung des Erdverkabelungsvorrangs im Bundesbedarfsplangesetz** würde erhebliche **rechtliche und finanzielle Unsicherheiten bedeuten** sowie die Akzeptanz der Energiewende vor Ort in der Bevölkerung reduzieren. Die Kunststoffrohr-Industrie hat erhebliche Beträge im Verlass auf den Erdkabelvorrang investiert und benötigt hier auch für die Zukunft Planungssicherheit. (*Positionspapier Erdkabel 1*)
- ☉ Geothermie als Energieträger stärken; **Erschließung und Nutzung müssen** in Planungs- und Genehmigungsverfahren **weiter vereinfacht werden**.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

STATUS QUO

Deutschland und die Europäische Union haben seit Jahrzehnten einen konstant hohen **Rohstoffbedarf** und -einsatz. So stieg der Einsatz von Rohstoffen zwischen 2010 – 2019 von 2,4 Mrd. t auf 2,5 Mrd. t pro Jahr an. Gleichzeitig schwankt die Verfügbarkeit vieler Rohstoffe aufgrund von **Lieferkettenverwerfungen und handelspolitischen Konflikten**, wodurch eine planbare Produktion in der Industrie, die auf eine Vielzahl von Rohstoffen angewiesen ist, erschwert wird. Um seinen Rohstoffbedarf zu decken, importiert Deutschland jährlich mehr als 343 Millionen Tonnen Rohstoffe; bei vielen Rohstoffen wie zum Beispiel Erdöl, dem Grundstoff für viele Anwendungen in der Kunststoff- und Chemieindustrie, liegt die Importabhängigkeit bei über 90 Prozent. Viele Unternehmen und rohstoffintensive Wirtschaftszweige setzen daher auf den Aufbau einer **zirkulären Kreislaufwirtschaft**, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, die Umweltbelastungen bei der Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen sowie beim Inverkehrbringen von Abfällen zu reduzieren und Kosten zu sparen.

Zur Beschleunigung und Etablierung der Kreislaufwirtschaft hat die Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode drei zentrale Vorhaben verfolgt: Erarbeitung einer **Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie**, Verabschiedung eines Konzepts für **grüne Leitmärkte** in den Grundstoffindustrien und die **Novellierung des Vergaberechts** zur Verankerung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung. Nach Verabschiedung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie im Spätherbst 2024 durch das Bundeskabinett arbeitet die Bundesregierung nun an der Umsetzung einzelner Maßnahmen. Dazu zählen die Vergaberechtsnovelle, verbindliche Produktstandards, digitale Produktpässe sowie Rezyklateinsatzquoten für Kunststoffe auf EU-Ebene.

Eine rechtliche Etablierung des chemischen Recyclings über die Verpackungsgesetz-Novelle befindet sich seit 2023 in der Ausarbeitung durch das Bundesumweltministerium. Zukünftig werden die weiter steigende globale Nachfrage nach Rohstoffen, gestörte Lieferketten und hohe Kosten für Primärrohstoffe den Trend zur Kreislaufwirtschaft weiter verstärken. Produzenten und Endverbraucher werden daher verstärkt auf klare Rahmenbedingungen für die Nutzung, Beschaffung und Produktion von zirkulär produzierten Produkten angewiesen sein.

Quelle: Generiert mit KI ©Bussakon/stock.adobe.com

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN FINDEN SIE IN UNSERM POSITIONSPAPIER NATIONALE KREISLAUFWIRTSCHAFTSSTRATEGIE



ANWENDUNGEN

Unternehmen der Kunststoffrohr-Industrie verwenden bereits heute im Produktionsprozess einen hohen Anteil an Rezyklaten, welche unter anderem aus Altrohren oder Zuschnittsresten von den Baustellen gewonnen werden. Dafür wurde bereits vor mehreren Jahrzehnten ein **Recyclingsystem** entwickelt, um über Sammelboxen systematisch nicht genutzte oder Altware in die Produktion zurückzuführen. Dadurch werden sowohl der Ressourcenbedarf als auch der CO₂-Ausstoß durch die Vermeidung der Primärrohstoffnutzung reduziert. Neue Kunststoffrohrsysteme aus Rezyklaten sind dabei abhängig von der schwankenden Qualität und volatilen Marktverfügbarkeit der Rezyklate, da die **Nachfrage oftmals das verfügbare Angebot übersteigt**.

Gleichzeitig dürfen Kunststoffrohrsysteme aus Rezyklaten aufgrund regulatorischer Bestimmungen nicht in allen Anwendungen, zum Beispiel im Bereich Trinkwasser und Gas, zum Einsatz kommen. Die **Anerkennung des chemischen Recyclings** würde die Möglichkeit eröffnen, den Einsatz von Rezyklaten auch in diesen Anwendungen durch die Kunststoffrohr-Industrie zu ermöglichen.

Kunststoffrohre sollen dabei zukünftig durch das transparente und auf den UN-Nachhaltigkeitszielen basierende

Zertifikat der Kunststoffrohr-Industrie noch besser in die öffentliche Beschaffung eingebracht werden können. Dafür hat die Kunststoffrohr-Industrie im Februar 2024 Lösungsvorschläge unterbreitet, um ganzheitliche **Leitmärkte für grüne Produkte** von den Grundstoffen bis zur öffentlichen Beschaffung des Endprodukts in einem Pilotprojekt durch ein möglichst industrieübergreifendes Nachhaltigkeitszertifikat aufzubauen. Unter folgendem Link ist das **Positionspapier** einsehbar.

Das neue Zertifikat wird dabei nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische und soziale Aspekte berücksichtigen, um eine ganzheitliche Betrachtung des Produkts zu ermöglichen. Die Aufsetzung des Zertifikats wird dabei in enger Abstimmung mit allen relevanten Akteuren erfolgen, um eine breite Anerkennung und Nutzung in Entscheidungsprozessen zu gewährleisten und sich an den Ergebnissen der Studie zur Überprüfung existierender Nachhaltigkeitszertifikate orientieren, die derzeit vom Bundesbauministerium durchgeführt und voraussichtlich Ende des 1. Quartals 2025 vorgestellt wird, um eine umfassende Anerkennung durch öffentliche Vergabestellen zu garantieren.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Kunststoffrohr-Industrie ist auf verlässliche Rahmenbedingungen für den Aufbau der Kreislaufwirtschaft angewiesen: Insbesondere müssen zeitnah das Vergaberecht novelliert und die Kreislaufwirtschaftsstrategie umgesetzt sowie die Bedingungen für einen Zugang zu ausreichenden Mengen an Kunststoffrezyklaten verbessert werden.

Politische Handlungsempfehlungen des KRV

⊙ Neben dem mechanischen Recycling müssen **chemische Wiederverwertungsverfahren gleichberechtigt** durch den Gesetzgeber **gefördert werden**; für das chemische Recycling braucht es schnell die richtigen regulatorischen Rahmenbedingungen.

- ⊙ Für den Hochlauf der Kreislaufwirtschaft bedarf es einer **schnellen Umsetzung der Maßnahmen der Kreislaufwirtschaftsstrategie**; Rezyklateinsatzquoten für Kunststoffrohrsysteme auf EU-Ebene sind, u.a. aufgrund mangelnder Verfügbarkeit, strikt abzulehnen.
(*Positionspapier Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie ↓*)
- ⊙ Die Kunststoffrohr-Industrie **begrüßt die Schaffung grüner Leitmärkte** durch die Ampel-Koalition; hierfür bedarf es einer **Fortführung des bestehenden Konzepts zur Verknüpfung von Grundstoffen bis zum Endprodukt** mit klaren **Definitionen** für die öffentliche Beschaffung durch die neue Bundesregierung.
- ⊙ Eine **Novelle des Vergaberechts** muss **zeitnah verabschiedet und umgesetzt** werden; es bedarf **klarer Definitionen von Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung**.



KLIMAAANPASSUNG

STATUS QUO

Im Zuge des **Klimawandels** gewinnen Maßnahmen zur Anpassung und zum Wassermanagement kontinuierlich an Bedeutung. Viele Kommunen stehen vor der Herausforderung, mit zunehmenden Dürre-, Hitze- und Starkregenereignissen umgehen zu müssen. **Extremwetterereignisse** gefährden insbesondere eine ertragreiche Landwirtschaft und die sichere Wasserversorgung von Industrie und Haushalten und verursachen Kosten in Milliardenhöhe für die Geschädigten.

Zur Unterstützung der Kommunen hat die Ampel-Koalition erstmals ein **Klimaanpassungsgesetz** verabschiedet, aus dem eine Klimaanpassungsstrategie resultieren soll und welches die Finanzierung von Maßnahmen auf

Bund-, Länder- und kommunaler Ebene regelt. Zugleich wurde die finanzielle Förderung von Anpassungsmaßnahmen durch die Förderrichtlinie „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ ausgeweitet. Auch das Recht der Kommunen, Anpassungsmaßnahmen wie den Bau von Versickerungsanlagen für Regenwasser in Wohngebieten vorzunehmen, soll in der **Baugesetzbuchnovelle** ausgeweitet werden. Die immer deutlicher werdenden Auswirkungen des Klimawandels werden in den kommenden Jahren den Anpassungsdruck auf die städtische Infrastruktur weiter erhöhen. Viele Kommunen kämpfen dabei mit finanziellen Engpässen und langen Planungs- und Genehmigungsverfahren.

ANWENDUNGEN

Kunststoffrohre leisten bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Anpassung der Infrastruktur an die Folgen des Klimawandels. Anwendungen der Kunststoffrohr-Industrie wie Auffang- oder Speichersysteme kommen dort zum Einsatz, wo Kommunen zunehmend mit **Extremwetterereignissen** konfrontiert sind. Speichersysteme im urbanen Raum managen Wasser effizient, indem bei Starkregen Hochwasser durch die platzsparende unterirdische Speicherung aufgefangen und zeitverzögert über die Versickerung verhindert wird. Bei Dürre und Hitze können die Speichersysteme gleichzeitig gespeichertes Wasser nutzen, um Hitzeschäden an Pflanzen zu verhindern. Die Nutzung dicht besiedelter städtischer Flächen wird durch eine schnelle und platzsparende Bauweise nicht beeinträchtigt. Die Kosten

der Kommunen sind gleichzeitig gering – Kunststoffrohre können schnell und wartungsarm verbaut werden und weisen eine besonders lange Lebensdauer auf. Städten und Gemeinden wird es so ermöglicht, notwendige Anpassungen an den Klimawandel vorzunehmen, ohne ihre engen finanziellen Spielräume zusätzlich zu belasten.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Der KRV versteht sich als Lösungspartner und Unterstützer der Kommunen bei der Klimafolgenanpassung. Dafür braucht es jedoch die richtigen Rahmenbedingungen: Es bedarf einer stärkeren Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen sowie schnellerer Planungs- und Genehmigungsverfahren auf kommunaler Ebene. Die Bau- und Planungsbehörden von Städten und Gemeinden müssen personell aufgestockt und digitalisiert werden. Unternehmen brauchen mehr Planbarkeit durch zügige Entscheidungen über zu vergebene Bauaufträge.

Politische Handlungsempfehlungen des KRV

- ⊙ Unternehmen brauchen **schnellere Entscheidungen über die Vergabe** von Bauaufträgen durch die zuständigen Behörden für eine bessere **Planungssicherheit bei der Produktion**.
- ⊙ Kommunen brauchen **mehr finanzielle Förderung und Planungsressourcen** durch die Bundesregierung zur **Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen** auf lokaler Ebene.
- ⊙ Das **Klimaanpassungsgesetz sollte weiterentwickelt** werden; es bedarf einer **schnellen Umsetzung** der neuen **Klimaanpassungsstrategie**.

VORTEILE VON KUNSTSTOFFFROHREN

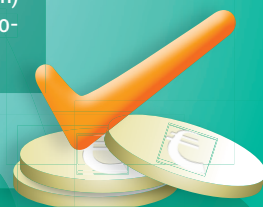
VERARBEITBARKEIT, MODULARITÄT, REPARIERBARKEIT, RECYCLINGFÄHIGKEIT

Bereits zu Beginn der Produktentwicklung und des Produktdesigns werden die Aspekte Verarbeitbarkeit auf der Baustelle, Modularität der Produkte und auch die Reparierbarkeit prioritär behandelt. Kunststoffrohre erfüllen damit alle Anforderungen der anspruchsvollen EU-Regularien in der Ökodesign-Richtlinie sowie der Ökodesign-Verordnung und zentrale Ziele der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie.



KREISLAUFWIRTSCHAFT

Kunststoffrohre sind zu einem hohen Grad mechanisch recycelbar, materialabhängig bis zu 100 %. Der Stand der Technik fordert bei wenigen sicherheitsrelevanten Anwendungen wie Trinkwasser- oder Gasrohren die Verwendung von Neuware. Die zunehmende Verarbeitung von Rezyklaten in den übrigen Einsatzfeldern (auch aus anderen Kunststoffprodukten) ist ein wichtiger Beitrag zur Ressourcenschonung und somit auch zur Nachhaltigkeit.

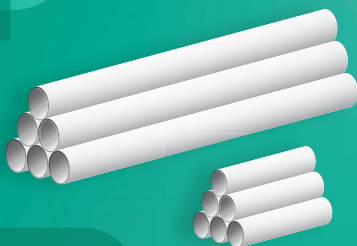


PREIS/LEISTUNG

Kunststoffrohre verfügen – auch dank ihrer Vorteile bei der Installation – über ein hervorragendes Preis-/Leistungsverhältnis und kommen daher in vielen Bereichen zur Anwendung. Aufgrund ihrer anforderungsgerechten Werkstoffeigenschaften können sie für jeden Anwendungsbereich individuell hergestellt werden.

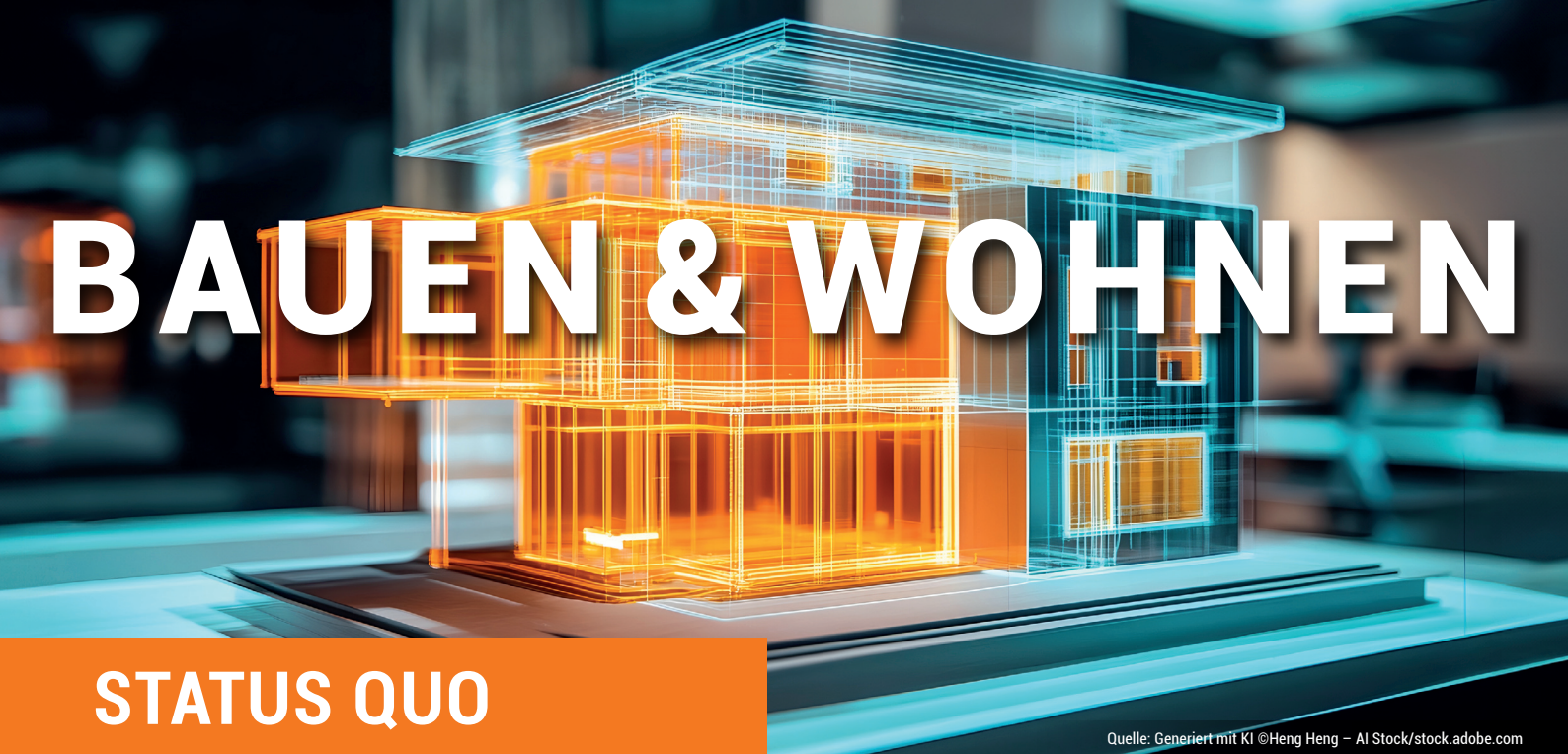
HALTBARKEIT

Kunststoffrohre zeichnen sich durch eine Lebensdauer von über 100 Jahren aus und bieten darüber hinaus in Bezug auf das Thema „Ökodesign“ noch die Vorteile der guten Verarbeitbarkeit, der Modularität, der Reparierbarkeit und der Recyclingfähigkeit. Kunststoffrohre weisen eine hohe Widerstandsfähigkeit gegen aggressive Medien wie beispielsweise Abwässer und Chemikalien auf und sind beständig im Kontakt mit Wasserstoff und CO₂. Gleichzeitig verfügen sie über eine extrem hohe Flexibilität und damit eine hohe Sicherheit unter Belastung.



GEWICHT

Aufgrund ihres geringen Gewichts und ihrer Materialeigenschaften können sie kosteneffizient transportiert und vor Ort einfach gehandelt werden, zum Beispiel als Ringbund oder auf einer Trommel.



BAUEN & WOHNEN

STATUS QUO

Quelle: Generiert mit KI ©Heng Heng – AI Stock/stock.adobe.com

Die **deutsche Bauwirtschaft** befindet sich Ende 2024 das dritte Jahr in Folge in einer sich verschärfenden Krise. Ein wesentlicher, aber nicht der alleinige Auslöser war die Zinswende der Europäischen Zentralbank seit Mitte 2022. Sinkende Neubauzahlen, hohe Finanzierungs- und Baukosten sowie erdrückende bürokratische Auflagen, darunter **komplizierte Planungs- beziehungsweise Genehmigungs-prozeduren**, machen den Akteuren am Bau das Leben schwer. Die Folge: Während im Jahr 2021 insgesamt noch etwas über 293.000 Wohnungen in Deutschland gebaut wurden, werden es laut Zahlen des ifo-Instituts per Ende 2024 voraussichtlich nur noch ca. 225.000 neue Wohnungen sein. Prognosen großer Wirtschaftsinstitute gehen von einem weiteren Rückgang der Neubauwohnungen auf 175.000 in 2026 aus. Das Ziel der (damaligen) Bundesregierung im Koalitionsvertrag von 2021, 400.000 Wohnungen jährlich neu zu bauen – 100.000 davon sozial gefördert –, wurde damit deutlich verfehlt. Neben einer Steigerung des Neubaus sollen auch das modulare und serielle Bauen gestärkt sowie eine **Verbesserung der Kreislaufwirtschaft** zur Rückführung recycelter Baustoffe erreicht werden. Gleichzeitig muss die Wärmeversorgung von Millionen von Haushalten bis 2045 zur Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Klimaziele grundlegend umgestellt werden. Dafür müssen sowohl Gas- und Ölheizungen getauscht als auch Tausende Kilometer neuer leitungsgebundener Infrastruktur für Wärme und Strom gebaut werden.

Auf Bundesebene sind dafür das **Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung** sowie die **Gebäudeenergiegesetz-Novelle** verabschiedet worden. Um die Bauwirtschaft zu stützen, hat die Ampel-Koalition eine Verbesserung der degressiven Abschreibung (AfA) im sogenannten Wachs-

tumschancengesetz umgesetzt. Zuvor hatten der Bundeskanzler und das Bundesbauministerium im Rahmen des Baugipfels im Herbst 2023 bereits einige Maßnahmen verabschiedet, darunter u. a. die Aussetzung des EH-40 Baustandards, eine erhöhte Förderung bei der Heizungs-erneuerung sowie eine ansatzweise Vereinheitlichung der Landesbauverordnungen. Aktuell berät der Bundestag die Novelle des Baugesetzbuches. Zusätzlich hat das Bundeskabinett das **Gebäudetyp-E-Gesetz** verabschiedet, welches zusammen mit der BauGB-Novelle zeitnah vom Bundestag verabschiedet werden soll. Um den Fernwärmemarkt zu reformieren, arbeitet das Bundeswirtschaftsministerium derzeit an einer **Novelle der Fernwärmeverordnung**, unter anderem um mehr Transparenz und Wettbewerb zu schaffen.

Trotz eines allmählich herbeigeführten Zinsrückgangs wird die Bauwirtschaft auch in den nächsten Jahren mit bestehenden und neuen Herausforderungen zu kämpfen haben. Bauland wird sich voraussichtlich weiter verteuern, während Finanzierungs- und Materialkosten weiter steigen. Zusätzlich wird der Fachkräftemangel insbesondere für zahlreiche spezialisierte Baudienstleistungen weiter zunehmen. Dabei wird insbesondere die Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung und Unterstützung der Heizungssanierungen in privaten Wohngebäuden den nächsten Bundestag und die neue Bundesregierung legislaturübergreifend beschäftigen.

ANWENDUNGEN

Bei der **Gestaltung der kommunalen Wärmeplanung** kommen Produkte und Systeme der Kunststoffrohr-Industrie zum Einsatz, etwa um **regenerative Energiequellen wie Geothermie, Biomasse, grünen Strom oder industrielle Abwärme** in die Wärmenetze zu integrieren. Kunststoffrohrsysteme bieten durch ihre hervorragende Isolationsfähigkeit hierfür ideale Materialvoraussetzungen, um zum Beispiel Wärmeverluste während des Transports zu minimieren. Dies erhöht nicht nur signifikant die Energieeffizienz, sondern verringert auch die Betriebskosten für Betreiberunternehmen langfristig. Die Korrosionsbeständigkeit von Kunststoffrohren gewährleistet zudem eine hohe Zuverlässigkeit auch unter anspruchsvollen Bedingungen. Die lange Nutzungsdauer von bis zu über 100 Jahren reduziert den Bedarf an kostenintensiven Wartungs- und Erneuerungsarbeiten für die kommunalen Betreiber auf ein Minimum. Der modulare, der EU-Ökodesignrichtlinie entsprechende Aufbau von Kunststoffrohren ermöglicht darüber hinaus eine flexible Anpassung an die spezifischen Anforderungen unterschiedlicher Projekte, von der Versorgung der Metropolen über **großflächige Fern- und kalte Nahwärmenetze** bis hin zu kleinen Quartierslösungen einzelner Stadtteile. Diese Eigenschaften machen Kunst-

stoffrohre zu einem unverzichtbaren Baustein beim Aufbau einer klimafreundlichen Wärmeinfrastruktur.

Kunststoffrohrsysteme werden darüber hinaus in einer Vielzahl von Anwendungen der Gebäudetechnik eingesetzt, unter anderem in **Heizungs-, Trink- und Abwassersystemen**, in denen ihre Langlebigkeit, Zuverlässigkeit und einfache Installation über Jahrzehnte einen störungsfreien und kostenarmen Betrieb ermöglichen. Die flexiblen Materialeigenschaften erlauben zum Beispiel den Einsatz von moderner Heiztechnik – auch in komplexen Raumstrukturen – für eine sichere und effiziente Wärmeverteilung. Auch beim Betrieb von Trinkwasserleitungen in Kommunen und Gemeinden kommen Kunststoffrohrsysteme zum Einsatz. Durch ihre Korrosionsbeständigkeit und glatten Innenflächen zur Verhinderung von Ablagerungen erfüllen sie die **hohen regulatorischen Hygienestandards**, um eine dauerhaft hohe Wasserqualität zu gewährleisten. Die hohe Stabilität und Langlebigkeit der Rohre reduziert gleichzeitig die Reparatur- und Austauschkosten über Jahrzehnte, wodurch sie ein entscheidender Faktor bei der Schaffung von günstigem und nachhaltig gebautem Wohnraum sind, von dem alle profitieren.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Um im Zusammenschluss mit allen relevanten Akteuren des Bau- und Immobiliensektors eine nachhaltige Steigerung des Wohnungsneubaus zu ermöglichen, benötigt die Kunststoffrohrindustrie eine **Stärkung der Finanzierung zur Umsetzung der Wärmewende, eine Reform des Baugesetzbuches und eine Senkung der Baukosten durch eine verstärkte Kreislaufwirtschaft**.

Politische Handlungsempfehlungen des KRV

- ⊙ Eine weitere **Absenkung der Baukosten** durch **vereinfachte und beschleunigte** Genehmigungsverfahren ist essenziell zur Belebung des Bausektors; die **Baugesetzbuch-Novelle muss zeitnah verabschiedet werden**.
- ⊙ Weitere **Verschärfungen von Gebäudestandards sind kontraproduktiv**; der Energieeffizienzstandard EH-40 für Gebäude sollte **dauerhaft ausgesetzt werden**.
- ⊙ Der **Kauf von Wohneigentum** und Bau neuer Wohnungen muss **Priorität genießen**, dafür ist eine dauerhafte **Aufstockung der KfW-Förderprogramme nötig**.
- ⊙ Der steigende Ressourcenbedarf kann durch einen zielgerichteten Hochlauf der Kreislaufwirtschaft aufgefangen

werden: Nachhaltig (zum Beispiel mit hohem Rezyklatanteil) produzierte Kunststoffrohrsysteme sollten als Baumaterial systematisch zum Beispiel bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen mitberücksichtigt werden.

- ⊙ Kommunen und Wärmeversorgungsunternehmen sind auf eine ausreichende Unterstützung durch Bundes- und Landesregierung bei der Wärmeplanung angewiesen. Gerade kleinere Kommunen brauchen mehr finanzielle und planerische Unterstützung.
- ⊙ Es bedarf eines bundesweiten **Ausbaus des bestehenden Fern- und kalten Nahwärmenetzes; einheitliche Planung- und Genehmigungsverfahren** sind hierfür zentral, gegebenenfalls durch eine **übergreifende Planung**, bei der das Bundesbedarfsplangesetz für Stromnetze als Vorbild dienen könnte.
- ⊙ Die **Digitalisierung und personelle Aufstockung der kommunalen Bauämter** sollte prioritär beschleunigt werden; es bedarf weiterhin einer **zeitnahen Harmonisierung aller Landesbauverordnungen** unter Führung der Bundespolitik.



WIRTSCHAFT & SOZIALES

STATUS QUO

Quelle: Generiert mit KI ©Nuth/stock.adobe.com

Seit November 2017 ist ein kontinuierlicher Rückgang des Produktionsindex des produzierenden Gewerbes von einem Höchststand von 108,5 Punkten auf nur noch 90,3 Punkte im Oktober 2024 zu verzeichnen. Der Abwärtstrend gewinnt an Intensität und deutet auf eine **zunehmende De-Industrialisierung Deutschlands** hin. Im Chemiesektor liegt die Auslastung seit mehr als zwei Jahren unter 82 Prozent und damit unterhalb der Normalauslastung. Dies ist insbesondere auf hohe Energiekosten zurückzuführen, während die Importe von Chemiegütern seit 2018 – aufgrund der geringeren Produktionskosten in den USA und im Nahen Osten – kontinuierlich ansteigen. Während die Produktionskapazitäten weltweit unter anderem für Ethylen weiter steigen, stagniert oder sinkt die Nachfrage, was zu wachsenden Überkapazitäten im Chemiesektor und einem verschärften Verdrängungswettbewerb führt. Auch andere Industriesektoren sind von einer Reihe von Herausforderungen betroffen, darunter eine unzureichende Nachfrage, hohe bürokratische Auflagen, strukturell hohe Energiekosten sowie ein verschärfter Fachkräftemangel im Zuge des demografischen Wandels.

Die Bundesregierung steuerte Ende 2023 mit dem **Wachstumschancengesetz** gegen, um Anreize auf der Angebotsseite zu schaffen. Die Entlastungen betrugen ca. 3,2 Mrd. Euro. Verbessert wurden insbesondere die steuerlichen Rahmenbedingungen für Abschreibungen sowie der steuerliche Verlustabzug bei gleichzeitiger steuerlicher Förderung von Forschungsausgaben der Betriebe. Über das im September 2024 beschlossene **Bürokratieentlastungsgesetz IV** sollen weitere Entlastungen in Höhe von ca. 1 Mrd. Euro erfolgen, zum Beispiel durch Abbau von Aufbewahrungspflichten und Formerfordernissen. Das **Fachkräfteinwanderungsgesetz** soll derweil die Zuwanderung von Fach-

kräften aus dem Ausland sowie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtern.

Auch die **Absenkung der Stromsteuer** führte zu einer punktuellen Entlastung von Unternehmen. Die Wachstumschwäche der deutschen Wirtschaft konnte jedoch nicht überwunden werden. Die Prognosen der Wirtschaftsinstitute für das Jahr 2025 gehen von einem Wirtschaftswachstum von lediglich 0,1 % im Vergleich zum Vorjahr aus. Die Bundesregierung hat daher zur Stärkung des Wirtschaftswachstums im Herbst 2024 eine Wachstumsinitiative, bestehend aus 49 Punkten, vorgelegt. Zu den Maßnahmen zählen zinsverbilligte Kredite der KfW-Bank, Verbesserungen bei der degressiven Abschreibung und deren Verlängerung bis 2028 bei Anhebung von 20 auf 25 Prozent, mehr Anreize für längeres Arbeiten im Alter, die Auflegung eines Rohstofffonds, die Absenkung der Stromsteuer und der weitere Abbau der Bürokratiebelastungen. Durch die Beendigung der Ampel-Koalition konnte die Beratung des Maßnahmenpakets jedoch nicht zu Ende geführt werden.

ANWENDUNGEN

Zahlreiche energieintensive Industrien wie die Chemie-industrie setzen für den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf den **Einsatz von Kunststoffrohrsystemen**. Diese ermöglichen es den Betrieben, ihre Produktionsziele unter Einhaltung höchster regulatorischer Standards zu erfüllen. Auch werden sensible, technisch hochkomplexe Produktionsstätten durch Kunststoffrohrsysteme vor Beschädigungen und Verschleiß geschützt. Kunststoffrohre tragen somit entscheidend zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der damit verknüpften Arbeitsplätzen bei.

Die Unternehmen des Kunststoffrohrverbandes sichern mit ihren Produkten nicht nur den Erfolg anderer Wirtschafts-

sektoren, sondern tragen selbst durch ihre Produktion an zahlreichen Standorten in Deutschland zur **Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand** bei. In zahlreichen hoch spezialisierten Arbeitsbereichen bilden die Unternehmen zudem nicht nur selber aus, sondern ermöglichen auch ein berufsbegleitendes Studium, um die **Ausbildung der Fachkräfte** von morgen für den Arbeitsmarkt sicherzustellen. Am Standort sind die Unternehmen oft seit Jahrzehnten eng in der lokalen Wirtschaft verwurzelt und schaffen dadurch weitere Arbeitsplätze in der nachgelagerten Wertschöpfungskette bei Zulieferern und Endverbrauchern, zum Beispiel im Handwerk.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Kunststoffrohr-Industrie ist als Teil der industriellen Wertschöpfungskette auf wettbewerbsfähige Standortbedingungen angewiesen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Gleichzeitig tragen die Mitgliedsunternehmen durch gute Ausbildungsbedingungen und Löhne sowie regional verankerte Wertschöpfungsketten zum Wohlstand des Landes und zur Stärkung der sozialen Marktwirtschaft bei. Wettbewerbsfähige Energiepreise und Lohnkosten, eine funktionierende und moderne Infrastruktur sowie der Abbau bürokratischer Belastungen sind dafür zentrale Voraussetzungen.

Politische Handlungsempfehlungen des KRV

- ⊙ Die **selektive Förderung einzelner Unternehmen** oder Sektoren **durch die Bundesregierung hat sich als nicht zielführend erwiesen und ist daher abzulehnen**; von finanziellen Entlastungen muss die gesamte Wirtschaft profitieren, zum Beispiel durch eine **Reduktion der Unternehmenssteuern**.
- ⊙ Die **Grundstoffindustrien in Deutschland müssen erhalten bleiben**. Die Kunststoffrohrindustrie ist auf einen **gesicherten Marktzugang für Ethylen und andere chemische Grundstoffe angewiesen**. Eine zu hohe **Abhängigkeit von außereuropäischen Importen muss verhindert** werden, denn nur lokale Produktion kann auch Innovationen vor Ort ermöglichen.
- ⊙ Zur Stärkung der Resilienz in der Rohstoffversorgung muss die Bundesregierung den **Aufbau der Kreislaufwirtschaft aktiv fördern**; die **Abhängigkeit von unzuverlässigen Rohstofflieferanten aus geopolitisch kritische Weltregionen muss reduziert** werden.

- ⊙ Gezielte **Reformen für einen nachhaltigen Sozialstaat mit Fokus auf wirklich Bedürftige** würden Unternehmen und Arbeitnehmer entlasten und die **Lohnkosten reduzieren**. Weitere **Anreize zum flexibleren und längeren Arbeiten** über den gesetzlichen Renteneintritt hinaus wären zu begrüßen.
- ⊙ Auf EU-Ebene sollten handelspolitische Regelungen getroffen werden, um die **europäischen Industrien vor dem Import nicht-klimaneutraler Produkte** zu schützen („level playing field“).
- ⊙ Unternehmen und Industrien müssen durch einen **weiteren Abbau der Bürokratie entlastet werden**, etwa durch die **weitere Reduzierung von Nachweis- und Aufbewahrungspflichten**.
- ⊙ Planungs- und Genehmigungsverfahren sind oft langwierig und arbeitsintensiv; **Prozesse sollten in den entsprechenden Behörden verkürzt** und auf **das Wesentliche beschränkt** werden. Für einen besseren Informationsaustausch braucht es eine **verstärkte Digitalisierung in Ämtern und Behörden**.
- ⊙ Die **Attraktivität technischer Studiengänge** und Ausbildungsberufe **muss weiter verbessert werden**; dafür bedarf es einer schnelleren Anerkennung und Aufnahme von Berufsfeldern in die Ausbildungsverordnungen durch den Bund-Länder-Koordinierungsausschuss.
- ⊙ **Junge Menschen müssen verstärkt** durch Anstrengungen von Politik und Wirtschaft für eine **berufliche bzw. technische Ausbildung gewonnen** werden.
- ⊙ Das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss praxisnah** durch die zuständigen Behörden **umgesetzt werden**; qualifizierte **Fachkräfte brauchen zeitnah und unbürokratisch eine Arbeitserlaubnis**.



HERAUSFORDERUNGEN UND LÖSUNGEN

PERSPEKTIVE 2025

WELCHE HERAUSFORDERUNGEN
WERDEN AUF DIE BUNDESREGIE-
RUNG UND DEN NEUGEWÄHLTEN
BUNDESTAG ZUKOMMEN?

1. Wettbewerbsfähigkeit und Industrie erhalten – wirtschaftliche Stagnation überwinden

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer anhaltenden Stagnation. Dies ist sowohl auf konjunkturelle als auch auf strukturelle Probleme zurückzuführen. Dazu zählen insbesondere die – nach wie vor über dem Vorkrisenniveau liegenden – Energiepreise, die sinkende Wettbewerbsfähigkeit und Kapazitätsauslastung der Industrie sowie die stagnierende Arbeitsproduktivität. Die Bundesregierung muss daher dringende Struktur-reformen umsetzen. Dazu gehören der Abbau des Investitionsstaus bei der öffentlichen Infrastruktur (Straßen, Schienen, öffentliche Gebäude), der Abbau bürokratischer Belastungen, darunter Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Informations- und Meldepflichten, eine verstärkte Digitalisierung des öffentlichen Sektors sowie die Reform der sozialen Sicherungssysteme (insbes. Rente und Pflege) zur Senkung der Arbeits- und Lohnzusatzkosten. Das Bürgergeld muss grundlegend überarbeitet und von Fehlanreizen befreit werden.

Der Erhalt und die Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen in Industrie und verarbeitendem Gewerbe durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen als Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft sollte daher im Mittelpunkt des politischen Handelns der neuen Bundesregierung stehen.

2. Überwindung der Energiekrise und erfolgreiche Transformation des Energiesektors

Neben der Einhaltung der gesetzlichen Klimaziele für Klimaneutralität bis 2045 und der erfolgreichen Dekarbonisierung des Energiesektors wird die neue Bundesregierung wie bereits auch die Vorgängerregierung die seit 2022 bestehende Krise im Energiesektor lösen müssen. Neben einer weiteren Diversifizierung der Bezugsquellen für Erdgas über LNG-Importe werden der technologieoffene Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und der bedarfsgerechte Ausbau des Stromnetzes, der Aufbau einer CO₂-Nutzungsinfrastruktur sowie die Sicherstellung der Grundlast über neue Kapazitätskraft-

werke zentrale Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode bleiben.

Neben dem bedarfsgerechten Umbau der Energieinfrastruktur wird auch eine Absenkung der Energiekosten für Strom, Gas und CO₂-armen Wasserstoff in den nächsten Jahren zentral sein, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Mögliche Handlungsoptionen dafür könnten eine Absenkung der Stromsteuer, Reform der Netzentgelte und Übernahme von Investitionskosten in die nötigen Energienetze für Wasserstoff und Strom sein.

3. Überwindung der Energiekrise und erfolgreiche Transformation des Energiesektors

Drohende neue Strafzölle, zunehmende Handelskonflikte mit China, Verwerfungen entlang der Handelsrouten im Zuge des Nahostkonflikts sowie Disruptionen auf den Energiemärkten infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stellen die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union massiv auf die Probe. Für eine starke und handlungsfähige EU ist eine Belebung des Freihandels unverzichtbar. Auch sollten die deutsch-französischen Beziehungen, idealerweise unter Einbindung Polens, wieder gestärkt werden. Zudem ist eine gute Zusammenarbeit mit der neugewählten EU-Kommission durch die nächste Bundesregierung erforder-

lich. Deutschland muss in der EU wieder eine Führungsrolle einnehmen, Enthaltungen zu wichtigen Entscheidungen im Rat der EU sind nicht mehr zeitgemäß. Deutschland muss eigene Ideen einbringen, statt auf Vorschläge der Europäischen Institutionen zu warten.

Insbesondere muss die Wettbewerbsfähigkeit der EU über einen "Industrial Deal" deutlich gestärkt werden. Nur so kann die EU in Zukunft souverän im Wettbewerb mit anderen Akteuren wie China, den USA oder Indien um Rohstoffe, Technologien und Absatzmärkte bestehen und den Verlust von Wohlstand und Arbeitsplätzen im globalen Wettbewerb verhindern.



WWW.KRV.DE

Kunststoffrohrverband e.V.

Münsterstraße 5, Haus 2a
59065 Hamm

Telefon: +49-(0)2381/97 55 98-0

E-mail: info@krv.de



Ihre Ansprechpartner

Geschäftsführer
Markus Hartmann
markus.hartmann@krv.de

Projektmanager
Andreas Redmann
andreas.redmann@krv.de

Office-Managerin
Julia Vedder
julia.vedder@krv.de

EU Transparenzregister ID 072774045378-70
Lobby-Register des Deutschen Bundestages
ID R001014

Impressum:

Herausgeber: Kunststoffrohrverband e.V.
Münsterstraße 5, Haus 2a, 59065 Hamm
Stand: Dezember 2024
Redaktionelles Konzept: www.hbpa.eu
Gestaltung, Satz und Herstellung: ad@addc.de
Illustrationen: BvC Design
Titelbild: Andreas Redman